Danziger Zeitung.

DZE HM

No. 94.

Im Verlage der Müllerschen Buchdruckerei auf dem Holzmarkte.

Montag, den 14. Juni 1819.

Berlin, vom 8. Juni.

Die Wiederherstellung Sr. Majestät ist gegenwärtig so weit vorgerückt, daß keine weitere Bekanntmachungen erfolgen werden.

Der Geist auf der Universität Halle zeigt sich bei einzelnen Vorfällen sehr gut. Vor kurzem ereignete sich dort, wie in Göttingen, daß ein Student von einem Fleischer thätlich gemißhandelt wurde, mit andern vor das Haus des Beleidigers zog und die Fenster einwarf. Die Regierung trug die Untersuchung einem Gerichtsbeamten von Naumburg auf; sie geht ruhig und in bester Form Rechtens vor sich, ohne Mißfallen und Widerstand von Seiten der Studirenden, und die Schuldigen erwarten ihre Strafe.

Durch eine Königl. Verordnung vom 11ten dieses ist nunmehr festgesetzt, daß die Nachsteuer- und Abzugs-Freiheit von dem Vermögen, welches aus dem Lande gebracht wird, zwischen sämmtlichen Preußischen, zum Deutschen Bunde gehörigen Provinzen, und allen andern Deutschen Bundesstaaten statt finden soll.

Aus dem Brandenburgischen, vom 29. Mai.

Se. Majestät haben folgende Kabinets-Ordre erlassen:

„Ich genehmige, auf den Antrag des Staats-Ministeriums, daß die Thür- und Fenster-Steuer in den Provinzen Cleve, Berg und Niederrhein, imgleichen in dem Bezirke der Regierung zu Münster, von dem Tage an, wo die neuen Getränke-Steuern zur Erhebung kommen, fortan nicht mehr als eine Abgabe an den Staat angesehen und zu den Staats-Kassen eingezogen werde; vielmehr soll es den Gemeinden überlassen werden, solche bloß für ihre Gemeinde-Ausgaben zu erheben und zu verwenden. Ich überlasse Ihnen, das Erforderliche diesem gemäß zu verfügen.

Berlin, den 27. April 1819.

(Unterz.) Friedrich Wilhelm.

An den Staats- und Finanzminister von Klewitz.

Zu Berlin hat das Israelitische Handelshaus B. Julius seine Zahlungen eingestellt.

Paris, vom 25. Mai.

Unser Legations-Sekretair in Amerika ist mit Depeschen zu Paris angekommen, die von besonderer Wichtigkeit seyn sollen. Das Schiff, womit er zu Havre ankam, mußte Quarantaine halten; er aber hatte die besondere Erlaubniß, landen zu können.

Herr Valabrègne, Gatte der Madame Catalani, befindet sich jetzt zu Paris. Sie will sich hier niederlassen, Güter ankaufen, und sich nicht mehr auf Theatern oder in öffentlichen Konzerten hören lassen.

In einem Schreiben aus New-York wird gemeldet, daß ein Dampfboot, auf welchem sich 34 Franzosen, unter andern General Rigaud und dessen Familie befanden, umgeschlagen und keiner der Passagiers gerettet wurden.

Der Türkische Gesandte fordert jetzt die vie-

ken Shawls zurück, die ihm bei seiner Ankunft zu Straßburg konfiszirt worden. Unsre Shawls-Fabrikanten haben eine Vorstellung gegen die Zurückgabe eingereicht.

Der Prinz von Eckmühl hat seine Abstimmung über die Preß-Vergehen drucken lassen. Er widersetzt sich jeder Abänderung des Gesezzes-Vorschlags.

Die Krönung des Königs wird in der Kirche St. Geneviède erfolgen, worin alle Zubereitungen desfalls gemacht werden.

Der Marschall Soult, Graf Real, Pommereul, Echasteriaux und vier andere Verbannte sind zurückberufen worden.

Im Elsaß soll, wie es heißt, ein Lustlager von 40,000 Mann gehalten werden.

Vom Main, vom 30. Mai.

In öffentlichen Blättern wird Folgendes angeführt: „Der Prozeß des Herrn von Massenbach ist nun entschieden; er ist kassirt und zu 14jährigem Festungs-Arrest verurtheilt worden.

Es heißt, der Kaiser Franz werde dieses Jahr auf kurze Zeit die Bäder zu Pisa gebrauchen.

Zu Leipzig ward kürzlich ein Student aus dem Mecklenburgischen vermißt. Man fand auf dem Tisch in seiner Stube einen Zettel, mit den Worten: „Forschet nicht nach uns; indem ihr dieses leset, sind wir nicht mehr." Er hatte sich in ein schönes, unbescholtenes Mädchen von geringem Stande verliebt. Den Studenten fand man endlich in einem Wirthshause, wo er bisher gespeiset hatte, in einer kleinen Stube, in welcher er sich seit zwei Tagen eingeschlossen und bei zwei scharf geladenen Pistolen sitzen. Er wurde verhaftet. Das Mädchen ward acht Tage später todt in der Elster gefunden.

München, vom 26. Mai.

Ueber die erhöhete Angabe der Staatsschuld von 105 Millionen auf 111, gab der Staatsrath v. Schilcher am 21sten die Auskunft: daß die überschüssigen 6 Mill. Kriegsausgleichungsschulden wären. v. Hornthal erinnerte: daß sein Vorschlag, die Ausgabe um 2 Mill zu vermindern, in der Voraussetzung geschehe: daß alle Erinnerungen gegründet wären, was er sich jedoch vor der Hand selbst nicht zu behaupten getraue. In das Oekonomische des Militairs sey er zu wenig eingeweiht; aber man sage: die Unterhaltung eines Mannes koste jährlich 160 Gulden; nehme er aber auch 200 G. an, so kosten 35,000 Mann, welche die Bundespflicht erfordere, nur 6 Mill., wenn man nämlich auf die Beurlaubten Rücksicht nehme. Daß man damit ausreichen könne, sey um so wahrscheinlicher, da die Militairkasse, der Staatskasse 900,000 à 5 Proc. gegen doppeltes Pfand, und auch anderwärts Kapitalien ausgeliehen habe. (Der Staatsrath Kraus erklärte: dies wären von Frankreich gezahlte, und einstweilen zinsbar angelegte Gelder.) Ueber die Luxus-Artikel bei der Armee ließe sich viel erinnern, und er trage darauf an: beim Militair-Etat erst 1 Mill., und in den letzten 3 Jahren 2 Mill. jährlich zu streichen 2c. Für heute, rief der Präsident, wird die Kammer wohl genug gehört haben! Ja wohl! hieß es von vielen Seiten, und die Sitzung wurde aufgehoben. — Am 22sten gaben die Regierungs-Kommissarien Auskunft über die Kosten des Straßen- und Wasserbaues; diese betrugen nicht 1,417,136 G., sondern nur 1,200,000, und könnten, ohne Nachtheil des Landes, nicht weiter vermindert werden. Stephani schlug vor: den Militair-Etat auf 7 Mill. zu setzen; das würde das Mittel zwischen der Forderung der Regierung und dem Wunsch des Volks seyn. Auf Erhöhung der Abgaben könne er nicht stimmen; denn größere Abgaben dürften nicht bewilligt werden, als das Volk zu tragen vermöge. Man solle die wucherlichen Zinsen der Staatsschuld und diese selbst, durch Umschreibung in eine neue Gattung von Papieren, um 25 Procent herabsetzen, dafür würden die Gläubiger selbst danken. (Allgemeines Gelächter.) Zur Vertheidigung soll eine Menschenfeste dienen, und die Regierung entscheiden: ob die Ausgabe für das Militair oder die Staatsschuld den Vorrang haben dürfe? Schätzler sprach gegen den Militair-Etat; 20 bis 30tausend entschieden jetzt nicht viel; mit dem Festungsbau solle man noch warten, und indessen dem Volke alle Erleichterung schaffen, damit es neue Kraft zum Kriege sammle. Bis der Deutsche Bund den Krieg beschließe und die Truppen einberufe, würde auch Baiern gerüstet seyn. Die Vergleichung mit Frankreich und Baden beweise, daß für unsern Militair-Etat 7 Mill. genügten. Wankel meinte: ehe man frage, was die Armee koste, müsse man den Zustand derselben

kennen. Man sage: im Kriege sey sie 80,000 Mann stark; vermuthlich auf dem Papier, wie so manches bei uns. Die größern Militair-Uebungen, zur Bildung der Armee höchst nothwendig, unterbleiben; anderwärts klagt man, daß die Kavalleristen keine Pferde haben, bei uns haben die Pferde zu wenig Kavalleristen. Die Artillerie klagt, daß man ihr keine Kugeln und Pulver zu den Schießübungen gebe; und an einen Generalstaab, der wie das Beispiel anderer Armeen zeigt, doch einen Werth haben muß, ist auch nicht zu denken; bei so vielen Mängeln kann ich mich nicht genug wundern, daß doch die Armee so viel kosten soll. Das Administrativ-Kollegium kostet freilich sehr viel, und doch soll noch ein Rath und ein Sekretair fehlen. Höchstbedeutend sind die Baukosten, und insbesondere jene für das Ausweissen; das ist aber auch kein Wunder, indem der Vorstand der Bau-Kommission blind ist! Für Proprietairs der Regimenter sind 10,000 G. angesetzt; wer ist denn Proprietair, wenn es der Staat nicht ist? Diesem solle man daher die 10,000 G. zurückgeben, oder kürzer, er soll sie gar nicht nehmen; für einen General-Lieutenant, der gar nicht existirt, sind 8000 G. angesetzt, ferner 77,000 G. für Kommandos, und dann wieder eine eigene Summe für Kommandantschaften. Soll denn zwischen beiden ein so großer Unterschied seyn? Die Infanterie kostet 2,700,000 G.; mag sie immer so viel kosten, man soll sie eher erhalten als die Zahl der Räthe und Assessoren im Administrativ-Kollegium. Die Kavallerie kostet so viel, als die Infanterie. Das ist kein Verhältniß. Man sieht es unsern Soldaten an, daß sie viel kosten; es kommt ihnen aber nicht zu Gute. Es giebt eine Menge unnöthigen Luxus bei unserm Militair: die Waffen sind der Schmuck der Soldaten, nicht seine Kleidung, das vergißt man. Die Artillerie kostet jährlich 280,000 G. Dagegen das Armee-Fuhrwesen, man sollte sagen, arme Fuhrwesen, 250,000 G; da muß entweder die Artillerie in sehr schlechtem oder das Fuhrwesen — und das sieht man ihm nicht an — in sehr gutem Zustande seyn. Nun sollte einer meinen, unsre fahrenden Batterien wären wohl bespannt; sie sind es aber gar nicht. (Der Kriegsminister Graf Triva tritt in den Saal.) Wankel: Ich will schon wieder von vorn anfangen. (Allgemeines Gelächter.) Der Präsident: Fahren sie nur fort. Die meisten Stimmen waren jedoch gegen v. Hornthal, der zu viel Mißtrauen gegen die Angabe der Minister geäußert, und v. Aretin erklärte: es würde ein Kriminalverbrechen seyn, wenn die Minister falsche Nachweise gäben; und wer sie dessen ungegründet beschuldige, begehe selbst ein solches. Er milderte aber diese Erklärung, als v. Hofstetten bemerkte: der Standpunkt eines Abgeordneten, der ohne Rücksicht offen nach seinem Gewissen sprechen müsse, dulde keine solche Anwendung; auch die Minister wären fehlbar. — In der Sitzung am 24sten ging man auf die andern Departements, zuerst auf die Justiz über, und v. Weinbach und andere trugen auf Einziehung des Justiz-Ministeriums an; Oestreich habe kein solches, und der Präsident des Ober-Apellationsgerichts könne die Stelle des Ministers vertreten. Man könne wohl auch mehrere Ministerien in einer Person vereinigen. Man solle nicht so leichtsinnig schlechte Beamten pensioniren, sondern sie absetzen. Er verlangte sogar Untersuchung des Vergangenen. Es wäre zum Theil viel Trägheit in den Beamten; wenn sie mehr arbeiteten, würde man ihrer nicht so viele brauchen. Dangel: Man möge die Gefangenen mit Arbeit beschäftigen. Sie wären dann weniger unglücklich, und der Staat hätte doch einigen Ersatz. Wenn man annehme, daß 1000 Gefangene im Reich wären, wovon jeder täglich 6 Kr. verdiene, so mache das täglich 100 G. v. Hornthal fragte: wer von den 10,000 G. Unterstützungsgeldern soll unterstützt werden? Sey ein oder der andere Diener unglücklich, so wende er sich an den König; dafür sey der Reservefond. Wer giebt dem armen Staatsbürger einen Reservefond? der meistens von einem Tag zum andern, so zu sagen immer aus der Hand in Mund, leben muß? Warum andre Staaten denn immer als Muster aufstellen. Sein Wunsch sey, von Baiern in der Baierschen Ständeversammlung das blos zu reden, was Baiern gut sey. Er läßt dahin gestellt seyn, ob alle Unter- und Mittel-Gerichte so mit Geschäften überhäuft wären, wie Häker und v. Hofstetten behaupteten. Bei vielen sey Vergnügen die Hauptsache, und Geschäfte als Nebensache. Landgerichts-Assessoren sollen Gehaltsvermehrung haben, denn viele haben mit Arbeit und Mangel zugleich zu kämpfen. Eben zu diesem Zwecke müßten Ersparungen gemacht

werden; aber man muß erst deutlich sehen. Wir sind nicht da, um zu glauben, sondern um zu sehen. Es solle der Ueberschuß der Regie nicht zu Gratifikationen vertheilt, kein Handel der Angestellten mit Schreibmaterialien getrieben werden. Stephani wollte Wiedereinführung der alten Büreau-Arbeitsstunden Vor- und Nachmittags. Köster: Wenn man Ersparniß machen will, muß an der Justiz zuletzt gespart werden. Justizbeamte müssen gut bezahlt seyn. Sie haben die schwerste Verantwortung, und sollen durch Interesse unangreifbar seyn. Friedensrichter muß mehr ein Ehrenamt seyn, sie werden auf 10 Jahre gewählt. Pfister meint: daß die zweite Ständeversammlung erst mit Erfolg ans Sparen denken könnte. v. Aretin: Das Justizministerium habe mit dem Dispositionsfond schon viel Unglückliche unterstützt. Der Minister der Justiz erklärte: An allen jenen Orten, wo es die Lokalität erlaube, würden bereits die Gefangenen beschäftiget. Der Minister des Innern versicherte: daß die 24,000 G. zu außerordentlichen Ausgaben und außerordentlichen Polizei, welche letztere v. Hornthal als verfassungswidrig gar nicht geduldet wissen wollte, schon seit einigen Jahren nicht gebraucht, aber auch schon bei den zu ersparenden 100,000 G. mitgerechnet wären. — In der Kammer der Reichsräthe hat der Fürst von Oettingen-Wallerstein zwei Anträge gemacht. Der erste betraf die Unterstützung des Gesuchs der Städte, um Zurückgabe der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Da, sagt er, der Wandel in Gesetzen und Organisationen, den unser Land seit 20 Jahren erfahren, eben nicht beigetragen, die Achtung des Gesetzes zu vermehren, sondern vielmehr zu einer Landesbeschwerde geworden sey, so würde er das Gesuch gewiß nicht unterstützen, wenn durch Erfüllung desselben die Verfassung abgeändert werden müßte. Allein die Verfassung schweige von dieser Sache ganz. Der zweite Vorschlag bezog sich auf die Vermischung der Baierschen und Preußischen Sporteln und Taxen, die in den ehemaligen Preußischen Provinzen statt fände, und so weit gediehen sey, daß an einigen Orten der Unterthan oft das vierfache dessen bezahlen müsse, was er an andern Orten bei gleicher Veranlassung zu zahlen habe. Dieser Ungleichheit möge der König steuern.

Der König hat dem unvergeßlichen Tage, welchem Baiern seine Verfassung verdankt, eine Denkmünze gewidmet. Diese Münze, welche die Größe eines Conventionsthalers hat, und als Anfang zu einer Sammlung geschichtlicher Münzen betrachtet werden kann, zeigt auf der Hauptseite das Bildniß Sr. Majestät, mit der Umschrift: Maximilianus Josephus Bavariæ Rex (Maximilian Joseph König von Baiern). Auf der Rückseite steht auf Bairischem Boden das Sinnbild der Festigkeit, ein Kubus, in den die Worte: Charta magna Bavariæ (Staats-Grundgesetz von Baiern) eingegraben sind; zur Umschrift hat sie Virgils so ganz passenden Vers: Magnus ab integro sæclorum nascitur ordo (eine große neue Gestaltung entsteht für kommende Zeiten); im Abschnitte, der Tag selbst: 26. Mai 1818. Eine solche Denkmünze soll allen Gemeinden des Königreichs und zwar den Städten erster und zweiter Klasse in Gold, allen übrigen aber in Silber unentgeldlich mitgetheilt, und heute, am ersten Gedächtnißtage, eine Anzahl solcher Konventionsthaler zur Verwechslung bereit gehalten werden, um solche an die Bewohner der Residenzstadt abgeben zu können.

Vermischte Nachrichten.

Die Herzogin von Kent will die Prinzessin, wovon sie entbunden worden, selbst stillen.

Bei dem großen Bankerut, welchen das erste Rigaer Haus, Zuckerbäcker ꝛc., vorzüglich wegen fehlgeschlagener Getreide-Spekulationen gemacht hat, soll die Privatkasse des Kaisers Alexander mit mehr als einer Million Rubel und mancher Große in Petersburg mit bedeutenden Summen interessirt seyn. Das Haupt des Hauses hat sich entleibt.

Einem Schreiben aus Irun zufolge, hat ein Bauer bei Vittoria einen kostbaren Diamant gefunden, welcher auf mehr als 100,000 Fr. geschätzt wird, und vermuthlich dem König Joseph angehört hat, der bekanntlich auf der Flucht nach der Schlacht bei Vittoria alle seine Kostbarkeiten verlor.

Für die Familie des Tyroler Anführers Gastwirths Hofer, hat der Kaiser von Oesterreich nun gesorgt. Die Wittwe erhält seit dem 18. December 1818 jährlich 500 Gulden Pension, jede der zwei Töchter 200 Gulden oder 500 Gulden Heirathsgut, und dem Sohn wird eine ansehnliche Wirthschaft gekauft.